

Kurzinformationen

zusammengestellt von Michael Mertsch

Tamilen asylberechtigt

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat Ende Januar eine Grundsatzentscheidung zur Frage der Asylberechtigung von Tamilen aus Sri Lanka getroffen. Von 97 zur Entscheidung anstehenden Fällen wurde 96 das Asylrecht zuerkannt. In der mündlichen Begründung hat der 24. Senat ausgeführt, nach seiner Beurteilung der Sach- und Rechtslage stünden allen Tamilen, die das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ein Asylrecht zu. Dabei sei weder das Geschlecht noch der Einreisezeitpunkt maßgeblich. Bei einer älteren Person komme es darauf an, ob diese mit einem jüngeren gefährdeten Tamilen verheiratet sei, ob eine Vorverfolgung stattgefunden habe oder ob eine sonstige Besonderheit eine Verfolgung im Einzelfall nahelege.

Der einzig nichtanerkannte Tamile hatte bereits das 40. Lebensjahr überschritten und sich nur auf die allgemeine Lage in Sri Lanka berufen, ohne eine persönliche Verfolgung glaubhaft zu machen. Diese Begründung reichte den Richtern nicht aus.

Bereits vorher hatten - wenn auch teilweise mit anderer Begründung - die Oberverwaltungsgerichte in Münster, Schleswig und Lüneburg

sowie der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim eine Asylberechtigung für Tamilen bejaht. Diese Entscheidungen waren vom Bundesverwaltungsgericht unbeanstandet geblieben. Da sich der Streit um das Asylrecht für Tamilen nun schon so lange hinzieht, bleibt zu hoffen, daß die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs endlich abschließende Klarheit geschaffen hat und nicht durch die Einlegung weiterer Rechtsmittel die Integration dieser politisch Verfolgten erschwert wird. Das Südasienbüro wurde in diesem Zusammenhang vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt.

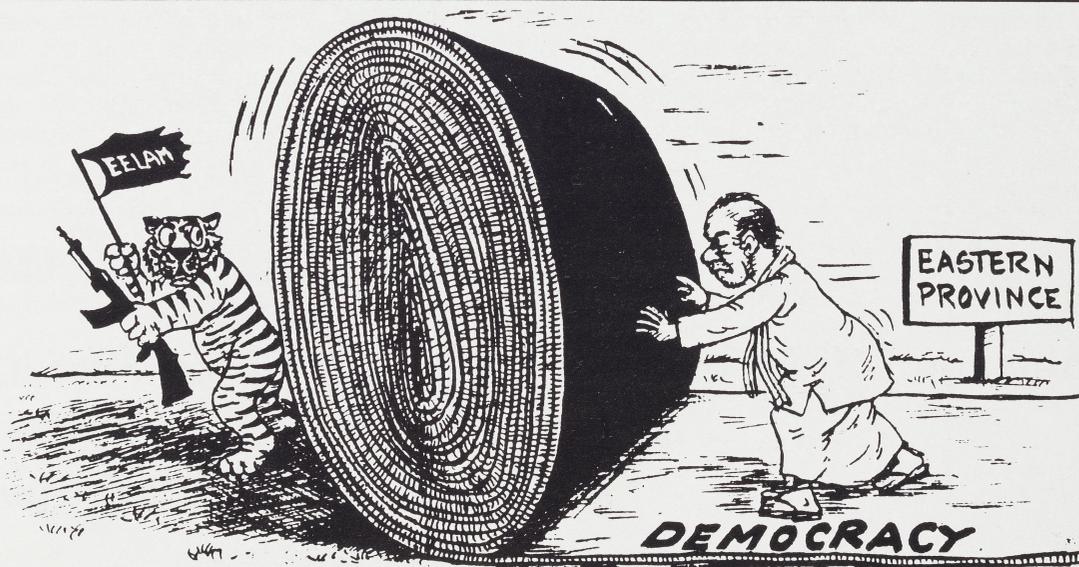
Kommunalwahlen

Am 1. März wurden in den Distrikten Vavuniya, Trincomalee, Batticaloa und Amparai Kommunalwahlen abgehalten. Die von der LTTE kontrollierten Distrikte Jaffna, Mannar, Kilinochchi und Mullaitivu wurden nicht in die Wahl einbezogen. In 18 von 40 Wahlkreisen konnte die regierende 'United National Party' (UNP) die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Die mit der Regierung sympathisierenden Tamilengruppen gewannen 13 Wahlkreise, der 'Sri Lanka Muslim Congress' (SLMC) sechs und der

'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP) blieben schließlich nur drei Wahlkreise übrig, in denen sie die Mehrheit gewann. Zwei tamilische Gruppen schickten ihre Vertreter als unabhängige Kandidaten ins Rennen. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 60 Prozent. Eine genauere Analyse zeigt, daß das Wahlverhalten eindeutig nach ethnischer Volkszugehörigkeit ausgerichtet war. Tamilen, Moslems und Sinhalesen wählten ausschließlich die jeweiligen Parteien ihrer Volksgruppe.

Nachdem die LTTE anfänglich angekündigt hatte, die Kandidaten und Wähler anzugreifen, beschränkte sie sich letztlich nur auf einen Aufruf zum Boykott der Wahl. Vielleicht hat zur Abschreckung beigetragen, daß praktisch alle Wahllokale durch die große Präsenz von Sicherheitskräften schon von weitem erkennbar waren.

Der demokratische Ablauf der Wahlen wurde von vielen Seiten in Frage gestellt. Schon im Vorfeld kam es zu zahlreichen Zwischenfällen. So wurden von der Armee Flugblätter verteilt, auf denen in Tamil und Englisch gegen die unabhängigen tamilischen Kandidaten und für die regierende UNP argumentiert wurde. In einigen Distrikten, z.B. in Vavuniya, wurden mehrere Tausend Wahlzettel durch die Armee konfisziert. Wähler wurden



(aus: 'The Island', 8.3.94)

dann aufgefordert, ihre Stimmzettel am Wahltag bei der Armee abzuholen. Einige der Kandidaten seien außerdem durch die Armee zur Kandidatur und Unterschrift auf den Nominierungslisten gezwungen worden.

Der seit 46 Jahren in Batticaloa lebende amerikanische Jesuitenpater Harry Miller bezeichnete in einem Interview die Wahl als "großen Witz, der höchstens die Travestie einer Wahl darstellt".

Zur Lage im Norden und Osten

Die seit Beginn des Jahres anhaltende Ruhe im militärischen Konflikt wurde Ende Februar erstmals von Seiten der Luftwaffe wieder gebrochen. In der Nacht vom 26. auf den 27. Februar griffen zwei Kampfhubschrauber sowie "Pukara"-Bomber die Bootsanlegestelle bei PUNCHIPARANTHAN am Südufer der Kilali-Lagune an, über die der Bootsverkehr von und zur Jaffna-Halbinsel abgewickelt wird. Vom Armeelager am Elefantenpaß wurden Granaten abgefeuert. Zum Zeitpunkt des Angriffs waren auf der Südseite der Lagune mehrere Hundert Menschen unterwegs, um nach Jaffna überzusetzen, während sich ca. 70 Boote auf der Lagune von Jaffna kommend in Richtung Süden diesem Anlegepunkt näherten. Bei einer der beiden Angriffswellen wurde schließlich ein Boot getroffen, ein weiteres erreichte das Südufer ohne Passagiere. Dreißig Personen aus diesen Booten werden vermißt, zehn Personen am Ufer erlitten beim Abwurf von Bomben teilweise schwere Verletzungen. Zahlreiche Boote kehrten um und fuhren nach Jaffna zurück.

Von offizieller militärischer Seite wurde die Operation als "erfolgreicher" Angriff auf Boote der LTTE-'Sea Tigers' bezeichnet, bei dem drei LTTE-Angehörige getötet worden seien. Da der eigentlich

von der Regierung verbotene Bootsverkehr für die Zivilbevölkerung, der von der LTTE organisiert wird, inzwischen regelmäßig an drei bestimmten Tagen der Woche stattfindet, die auch dem srilankischen Militär bekannt sind, muß dieser Luftangriff als eindeutig gegen die Zivilbevölkerung des Nordens gerichtet verstanden werden. Seit diesem Zwischenfall wurden auch im März immer wieder einzelne Luftangriffe aus Jaffna gemeldet. Der neue Kommandeur der Luftwaffe, Vize-Marschall Oliver Ranasinghe, hat im übrigen die zukünftige Strategie in einem Interview deutlich gemacht: "Ich muß dafür sorgen, daß der Krieg so schnell wie möglich beendet wird. Das kann nur geschehen, wenn die Luftwaffe eine wesentlich größere Rolle spielt. Wir müssen mit mehr Intelligenz und sowohl aggressiv wie auch genau angreifen."

Im Osten fanden zahlreiche Überfälle der LTTE auf Armeeangehörige statt. Besonders im Welioya Gebiet wurden Camps und Patrouillen Ziel von Angriffen. Ein Soldat starb bei einem LTTE-Überfall bei Morawewa.

Auch die Armee vermeldete umgekehrt mehrere Angriffe auf Stellungen der LTTE, die in der Umgebung von Trincomalee, im Welioya-Gebiet und den Dschungeln von Mannar und Vavuniya stattfanden.

Die Gerüchteküche um interne Auseinandersetzungen innerhalb der LTTE brodelt weiter. Der Streit um Mahattaya und seine Anhänger (siehe 'Südasiens', 1-2/94) ist offensichtlich noch nicht gelöst. Mahattayas Hinrichtung wurde offensichtlich verschoben und zahlreiche seiner Anhänger wieder auf freien Fuß gesetzt. Seine engsten Vertrauten sind jedoch nach wie vor unter Arrest. Daß die LTTE mit internen Problemen zu kämpfen hat, wird auch aus der Meldung deut-

lich, daß drei weibliche Kader öffentlich hingerichtet worden sind, weil ihnen sexuelle Beziehungen mit Personen außerhalb der Organisation zur Last gelegt wurden.

Inzwischen wurde bekannt, daß eine Diskussion über die Gründe für die katastrophale Niederlage der Armee in Pooneryn Ende letzten Jahres in der Öffentlichkeit oder im Parlament nicht stattfinden wird. Der Untersuchungsbericht über die Hintergründe soll aus Sicherheitsgründen nicht veröffentlicht werden, da "dieses dem Feind helfen würde".

Einkauf chinesischer Waffen

Das Verteidigungsministerium hat einen großen chinesischen Waffenhersteller eingeladen, ein Verkaufslager in Sri Lanka einzurichten. Sollten die Verhandlungen mit der "North China Industries Corporation" (NORINCO) erfolgreich verlaufen, dann wird diese Firma, die offensichtlich bereits mehrere Entwicklungsländer mit Waffen und Munition versorgt, im Land ein großes Lagerhaus für militärische Geräte eröffnen.

Der örtliche Zugriff auf einen großen Waffenproduzenten in Sri Lanka wird es wahrscheinlich der Armee und der Polizei noch einfacher machen, sich mit neuer Ausrüstung zu versorgen. Bedenken bestehen nach Aussagen von Militärs nur darin, daß man sich unter Umständen "in eine zu große Abhängigkeit von einem Lieferanten begibt, die Preise unverhältnismäßig steigen und gleichzeitig die Qualität der Ware sinkt."

Die Lage der Bevölkerung

Nahrungsmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs bleiben im Norden Mangelware. Die Verteilung von Lebensmitteln für das Vanni-Gebiet soll allerdings durch die Ein-

Geschürte Feuer

Ethnische Differenzen und Konflikte im heutigen Indien

8.-10. April 1994

Evangelische Akademie Iserlohn

Anmeldung bei: Evangelische Akademie Iserlohn, Berliner Platz 12, D-58638 Iserlohn

richtung eines Lebensmittellagers in Vavuniya verbessert werden. Es ist geplant, dieses Lager von den Sicherheitskräften überwachen zu lassen und dort beladene Lastwagen zu versiegeln, damit eine nochmalige Kontrolle der Fahrzeuge an der Frontlinie weiter nördlich bei Thandikulam entfallen kann.

Seit dem 27. Februar ist nach vier Monaten das Verbot des Fischfangs vor der Küste im Nordosten wieder aufgehoben worden.

Glaut man einer Meldung der Armee, dann finden verstärkte Bemühungen statt, um den Schmuggel von Waren, die unter das Wirtschaftsembargo der Regierung gegenüber dem Norden fallen, einzudämmen. Angeblich wurden Nachweise für die Beteiligung bestimmter Personen gefunden, die mit dem Transfer dieser Güter erhebliche Geldsummen verdienen.

Kirchendelegationen im Norden

Die bereits erwähnte Phase geringer militärischer Aktivitäten wurde in jüngster Vergangenheit von mehreren kirchlichen und zivilen Gruppen genutzt, um Friedensinitiativen zu starten.

Eine Gruppe katholischer Geistlicher unter Führung von Bischof Marcus Fernando, eine Delegation der anglikanischen Kirche unter Bischof Kenneth Fernando, zahlreiche überwiegend sinhalesische Pfarrer der Methodistischen Kirche und eine offizielle Delegation der Sarvodaya-Bewegung reisten unabhängig voneinander im Februar nach Jaffna.

Alle Kirchendelegationen betonen, daß ihr Besuch "rein seelsorgerisch" gewesen sei. Man habe sich über die Situation der Gemeinden, sowohl in materieller als auch geistlicher Hinsicht, informieren wollen. Auch der Anlaß zum Besuch der größten NGO in Sri Lanka, der Sarvodaya-Bewegung, wurde mit den auf der Jaffna-Halbinsel betriebenen Projekten erklärt. Trotzdem hatten alle Gruppen auch das Stichwort 'Frieden' in ihrem Programm. Sie trafen LTTE-Vertreter auf verschiedenen Ebenen und brachten zum Teil Erklärungen der LTTE nach Colombo zurück. Einige Delegierte besuchten Polizisten und Soldaten, die von der LTTE gefangen gehalten werden.

Alle Delegationen waren sich in ihrem Eindruck einig, daß die Menschen in Jaffna ein Ende des Krieges und der materiellen Mangel-situation wollen. Viele hoffen immer

noch auf eine Verhandlungslösung. Die LTTE gab zumindest den Delegationen gegenüber den Eindruck ab, daß sie zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen bereit sei. Die Wirtschaftsblockade müsse aufgehoben und eine Reisemöglichkeit für die Zivilbevölkerung über Pooneryn geschaffen werden.

Nach der Rückkehr fanden von allen beteiligten Gruppen Gespräche mit Vertretern von Regierung und Streitkräften statt. Hoffnungen auf positive Reaktionen der Regierung auf diese Initiativen haben sich bisher zerschlagen. Präsident D.B. Wijetunge hat jedenfalls inzwischen noch einmal klar gemacht, daß die LTTE Terror ohnegleichen ausübe. "Es ist daher umso dringender, daß diese Drohung endgültig beseitigt wird. Es gibt keine Verhandlungen mit der LTTE, wenn diese nicht einen demokratischen Prozeß beginnt." Die breite sinhalesische Mehrheit ist nach wie vor vehement gegen jegliche Verhandlungen mit der LTTE.

Auch die Reaktionen der Regierung auf das Angebot zweier Vermittler aus dem Ausland (ein kanadischer Anwalt und der offizielle Vertreter von "Worldview International", einer norwegischen Organisation, haben sich angeboten) sind von der Regierung als Einmischung in interne Angelegenheiten des Landes abgelehnt worden.

amnesty beklagt Verhaftungen

In einem neuen Bericht beklagt amnesty international die willkürliche Verhaftung von Tausenden von Tamilen, die sich im Süden von Sri Lanka aufhalten. Allein für die zweite Jahreshälfte 1993 gibt die Menschenrechtsorganisation die Zahl der Verhafteten im Großraum von Colombo mit 15.000 an. In vielen Fällen würden die Betroffenen von der Armee oder bewaffneten Gruppen, die mit der Regierung zusammenarbeiten, entführt, um dann bis zu zwei Monaten an geheimen Orten festgehalten zu werden. Immer noch träten Soldaten in Zivilkleidung auf, Tamilen würden mit verbundenen Augen mit Fahrzeugen ohne Nummerschild abtransportiert.

amnesty beschreibt die Verhaftungen und Razzien als einen Vorgang, der gegen die Tamilen allein wegen ihrer ethnischen Abstammung gerichtet ist. Nach wie vor weigere sich die Regierung in vielen Fällen, den Aufenthaltsort eines Verhafteten bekanntzugeben, Fami-

lienangehörige würden nicht informiert, Anordnungen zur Freilassung offensichtlich ungerechtfertigt verhafteter Personen nicht ausgestellt.

Dem Bericht zufolge werden die meisten der in Polizeihaft befindlichen Personen innerhalb von drei Tagen freigelassen, viele andere jedoch blieben Wochen oder Monate in Haft, ohne daß ein offizieller Grund hierfür angegeben werde. Nicht selten würden Inhaftierte auch gezwungen, Dokumente in sinhalesischer Sprache zu unterschreiben, deren Inhalt sie nicht verstehen könnten.

Gerade in der letzten Zeit werden in Colombo tamilische Häuser und Wohnungen in einer Art "Überraschungsangriff" von der Polizei durchsucht. Die Sicherheitsbehörden werden nicht müde, an die polizeiliche Meldepflicht zu erinnern: "Jeder Hausbesitzer hat eine Liste der Bewohner bei uns abzuliefern. Die Durchsuchungen tamilischer Haushalte sind reine Routine und sollen den Tamilen keine Unannehmlichkeiten bereiten."

Meldungen über Infiltrationen der LTTE und Verhaftungen von tamilischen Jugendlichen in Colombo oder auch im restlichen Süden des Landes gehören weiterhin zum täglichen Nachrichtenspektrum der Massenblätter in Sri Lanka.

Rückführung von Tamilen

Während Menschenrechtsgruppen aufgrund der Sicherheitslage weiter eindringlich vor einer zwangsweisen Rückführung von Tamilen nach Sri Lanka warnen, geht die vom UN-HCR begleitete Repatriierung von tamilischen Flüchtlingen aus Südin-dien weiter. Im Februar und März trafen weitere Transporte mit schätzungsweise 3.000 Personen im nordwestlichen Mannar ein. Auch über den Verbleib der im letzten Jahr aus Indien zurückgeschickten Personen wurden neue Nachrichten bekannt. Etwa 26.000 wurden Berichten zufolge in die Distrikte von Mannar, Vavuniya und Trincomalee zurückgeführt. Mehr als 8.000 leben dort in Lagern und 2.000 Personen haben bei Verwandten vorübergehende Unterkunft gefunden.

Noch keine neuen Entwicklungen gibt es im Zusammenhang mit dem äußerst umstrittenen Abkommen zwischen der schweizerischen und srilankischen Regierung über eine Rückführung von Tamilen aus der Schweiz. Trotz kritischer Stimmen ist die Schweiz fest entschlossen,

ab Mai TAMILIEN in kleinen Gruppen gemäß der getroffenen Vereinbarungen abzuschicken. Die Rückkehrer sollen zunächst für einen Monat in einem Haus, das durch das sri-lankische Rote Kreuz im Auftrag der Schweizer Regierung betreut wird, Unterkunft finden. Finanzielle Unterstützung durch die Schweiz ist ebenfalls zugesagt. Andere westliche Regierungen verfolgen diese Entwicklungen mit großem Interesse.

Im März traf eine Delegation der Schweizer Flüchtlingshilfe, Caritas Schweiz und dem Schweizer Roten Kreuz in Sri Lanka ein, um mit einer "Fact Finding Mission" einen aktuellen Einblick in die Situation zu erhalten und zusätzliche Argumente in der Auseinandersetzung mit der Schweizer Regierung zu erhalten. Die Anstrengungen dieser Organisationen, eine Abschiebung von TAMILIEN im großen Stil zu verhindern, sind groß. Die Mission nach Sri Lanka wurde vom Südasienbüro organisiert und begleitet.

Flüchtlingslager Madhu

Der UNHCR hat seine Arbeit im Flüchtlingslager von Madhu und im Norden des Landes wieder aufgenommen. Die Arbeiten waren vor drei Monaten eingestellt worden, nachdem vier UNHCR-Mitarbeiter aufgrund von Streitigkeiten über die Lebensmittelverteilung zeitweise von Lagerbewohnern festgehalten

worden waren.

Ein Sprecher des UNHCR teilte in Colombo mit, daß man inzwischen ausreichende Garantien für eine sichere Fortsetzung der Arbeiten von verschiedenen Seiten erhalten habe. Soweit möglich, sollen in Zukunft auch wieder Transporte von Gütern zur humanitären Hilfe durchgeführt werden. Die Verteilung von Nahrungsmitteln oder auch die Begleitung von Lebensmitteltransporten lehnt der UNHCR aber weiterhin ab.

Die Lebensbedingungen in Madhu - wo schätzungsweise 25.000 Flüchtlinge leben - haben sich inzwischen weiter verschlechtert. Nach den jüngsten Überschwemmungen im Februar sind mehr als die Hälfte der provisorischen Toilettenanlagen zerstört. Die völlig unzureichenden hygienischen Bedingungen haben inzwischen dazu geführt, daß viele der Menschen in Madhu an Durchfallerkrankungen und Malaria leiden. Es fehlt an den notwendigen Medikamenten und Möglichkeiten, Impfstoffe geeignet zu lagern. Da viele der provisorischen Hütten im Lager beschädigt sind, wird auch Baumaterial dringend benötigt. Mehrere Konvois des UNHCR sollen kurzfristig für Abhilfe sorgen.

Entwicklungen um Suriyakanda

Verschiedene Schritte wurden inzwischen im Zusammenhang mit dem bei Suriyakanda gefundenen Massengrab unternommen (siehe 'Südasien', 1-2/94). Der Magistrat von Embilipitiya hat seine Anhörungen zunächst auf den 18. April vertagt und gleichzeitig das 'Criminal Investigation Department' (CID) aufgefordert, weitere Untersuchungen durchzuführen. Die Anträge von Angehörigen, die Suche nach Gräbern fortzusetzen, wurden bis auf weiteres abgelehnt. Es scheint inzwischen als fast sicher, daß die bisher entdeckten Gräber nichts mit dem Verschwinden von Schülern in Embilipitiya während der 'JVP-Jahre' 1988-89 zu tun haben.

Verschiedene Organisationen fordern weiterhin eine uneinge-

schränkte Aufklärung der Geschehnisse. Die 'Bar Association', eine Vereinigung von Anwälten, die sich mit Menschenrechtsfragen beschäftigt, hat neben einer derartigen Aufforderung an die Regierung noch einmal den Mordanschlag auf einen Anwalt verurteilt, der maßgeblich die Untersuchung des Magistrats veranlaßt hat.

Unruhe an den Hochschulen

In den letzten Wochen gab es an den Hochschulen des Landes zunehmend Unruhen, die schließlich dazu führten, daß die Universitäten von Peradeniya, Batticaloa, Kelaniya und die medizinische Fakultät in Colombo auf Anordnung der Behörden geschlossen wurden.

Aus Protest gegen die völlig unzureichende Unterbringung von Studenten auf dem Campus von Peradeniya hatten Studenten Ende Februar gewaltsam den offiziellen Wohnsitz des Vizekanzlers der Universität besetzt. Die Protestierenden forderten eine wesentliche Verbesserung der Wohnsituation und zumindest eine gesicherte Unterbringung der 400 Studentinnen. Nach Angaben des Vizekanzlers, Prof. Gunadasa, studieren gegenwärtig in Peradeniya 1.500 bis 2.000 StudentInnen, ohne jedoch über angemessene Wohnmöglichkeiten zu verfügen. Obwohl schon zusätzliche Räume entgegen ihrer ursprünglichen Bestimmung als Schlafsäle genutzt werden, sieht Gunadasa keine Möglichkeit, mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen eine Änderung der Situation herbeizuführen. Am 26. Februar gab Gunadasa aufgrund des massiven Studentenprotests die unbefristete Schließung des Campus bekannt. Während man auf studentischer Seite fest entschlossen ist, den Protest fortzusetzen, wurden von offizieller Seite Überlegungen für eine gewaltsame Räumung der Universität durch die Polizei laut.

Affentheater

Zur Berichterstattung über sri-lankische Ereignisse in Deutschland: Die Nachrichtenagentur AFP meldet am 22. März: In Sri Lanka sind drei Männer zu einer Geldstrafe von umgerechnet 50 Mark verurteilt worden, weil sie im Zoo in der Hauptstadt Colombo die Affen mit Affenmasken erschreckt hatten. Dabei lösten sie unter den Tieren eine Panik aus.

Burkhard Herbote

Handbuch für deutsch-internationale Beziehungen

Handbook of German-International Relations

Verzeichnis deutscher und ausländischer Vertretungen, Verbindungsbüros und Informationsstellen in Politik, Wirtschaft, Kultur, Medienwirtschaft und Tourismus

A Directory of German and Foreign Representations Abroad, Liaison Offices and Information Centres for Politics, Economy, the Media and Tourism

K·G·Saur

München·New Providence·London·Paris 1994